



Oktober 2005

## - Informationen

für die Region Mittlerer Niederrhein und den Rhein-Erft-Kreis

### Deutsch-Polnische Nachfolge-Landwirtschaftskonferenz im Rhein-Kreis Neuss vom 22.11. bis 23.11.2005

Im Rahmen der Feierlichkeiten zur 10-jährigen Partnerschaft des Rhein-Kreises Neuss mit dem polnischen Partnerkreis Mikołów wurde Anfang Mai 2004 eine gemeinsame Polnisch-Deutsche Landwirtschaftskonferenz in Mikołów organisiert. Im Mittelpunkt der Konferenz stand ein Erfahrungsaustausch über die Organisationsstrukturen der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung in Schlesien und in Nordrhein-Westfalen, Lösungsansätze für die Interessenskonflikte zwischen Bergbau und Landwirtschaft sowie ein Fachvortrag zu Nachwachsenden Rohstoffen.

Die Konferenz fand vor allem in der schlesischen Landwirtschaft und Politik große Beachtung und wurde als großer Erfolg gewertet. Deswegen wurde schon während der Konferenz zwischen Herrn Landrat Dieter Patt und dem stellv. Marschall von Katowice, Herrn Jan Grela, die Fortsetzung der geknüpften Kontakte und die Durchführung einer 2. Landwirtschaftskonferenz im Rhein-Kreis Neuss vereinbart.

Die Nachfolge-Landwirtschaftskonferenz wird vom 22.11. bis 23.11.2005 im Rhein-Kreis Neuss stattfinden.

Ziel der Konferenz ist es, für die Landwirtschaft in Schlesien und Nordrhein-Westfalen zu einer Neuausrichtung, gerade im Hinblick auf die bereits beschlossenen und noch kommenden Veränderungen der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union und der zu erwartenden Beschlüsse der kommenden Welthandelsrunden, die den Abbau der Agrarsubventionen weiter fortschreiben werden, zu kommen. Den Landwirten soll damit auch der Weg zu alternativen Einkommensquellen gewiesen werden. Von den Ergebnissen der Konferenz, die einen starken Bezug zur täglichen Praxis der Landwirtschaft haben wird, sollen auch andere Regionen in der Europäischen Union profitieren. Daher wird nach Durchführung der Konferenz eine Deutsch-Polnische Dokumentation erstellt, die interessierten Regionen in der Europäischen Union zugänglich gemacht werden soll.

Als **Schwerpunkte der Landwirtschaftskonferenz** wurden einvernehmlich **folgende Themen** abgesprochen:

- Veränderte Rahmenbedingungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union
- Nachwachsende Rohstoffe mit der Konzentration auf den Anbau von Raps und die Herstellung von Biodiesel,
- Tierzucht mit der Besichtigung des in Europa einmalig bestehenden wissenschaftlichen Geflügelhofes in Sinsteden, Rommerskirchen
- Kooperation Wasserwirtschaft und Landwirtschaft und
- denkbare Kooperationen zwischen polnischen und deutschen Landwirten.



Landrat Dieter Patt (rechts) neben Jan Grela, dem Stellvertretenden Marschall von Schlesien. Ganz links Henryk Jaroszek, Landrat des Kreises Mikołów

Parallel zu den Vorträgen werden **Arbeitsgruppen** zu den oben genannten Themen durchgeführt, die die Aufgabe haben, zwischen den Teilnehmer/-innen Projekte für die Zukunft von gemeinsamen Interesse auszuarbeiten.

An der Konferenz nehmen der Rhein-Kreis Neuss mit seinem Partnerkreis Mikołów, der Rhein-Erft-Kreis mit seinem Partnerkreis Bielsko Biela und der Kreis Pleß teil. Die Schirmherrschaft haben der Minister für Bun-

des- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Michael Breuer und der Marschall der Woiwodschaft Schlesien, Herr Michal Czarski übernommen, die die Konferenz auch finanziell unterstützen. Den größten Beitrag zur Finanzierung der Konferenz leistet der Rhein-Kreis Neuss, einen weiteren Anteil trägt die Europäische Kommission durch das Budget 2005 für das EUROPE DIRECT Informationsrelais Mittlerer Niederrhein.

Die Veranstaltung ist an Landwirte, Vertreter/innen der Landwirtschaftskammern, der Landwirtschaftsbe-

ratungszentren, der regionalen Landwirtschaftsministerien, der Landwirtschaftsverbände und der beteiligten Verwaltungen und deren politische Organe gerichtet.

Die Themen sollen den Teilnehmer/innen durch Vorträge, PowerPoint-Präsentationen und Diskussionen sowie Besichtigungen und Vorführungen, z.B. wissenschaftlicher Geflügelhof Sinsteden, Fa. Bio-Esther GmbH (Produktion von Biodiesel aus Raps), verdeutlicht werden.

## **\*EU-Förderprogramme\* EU-Förderprogramme\* EU-Förderprogramme\* EU-Förderprogramme\* EU-Förd Integrierte ländliche Entwicklung**

Mit der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung einer integrierten ländlichen Entwicklung vom 19.10.2004 wurden die Richtlinien zur Dorfentwicklung und Bodenordnung zusammengeführt. In dieser Richtlinie sind auch zwei neue Förderbausteine enthalten: Integriertes ländliches Entwicklungskonzept (ILEK) und Regionalmanagement

### **Allgemeine Voraussetzungen**

- ♦ Die Initiative kommt aus der Region. In den Gemeinden müssen die Bevölkerung und regionalen Akteure in den Entwicklungsprozess einbezogen werden.
- ♦ Gefördert werden können Regionen, die aus mindestens 2 Gemeinden oder Teilen von Gemeinden bestehen. Der Zusammenschluss muss einen räumlichen und funktionalen Zusammenhang darstellen.
- ♦ Nur qualifizierte Stellen außerhalb der Verwaltung können beauftragt werden.

### **1. Integriertes ländliches Entwicklungskonzept (ILEK)**

#### **Definition und Ziele**

Ein ILEK ist ein Handlungskonzept für die Zukunft einer Region mit konkreten Zielen und Projekten. Ideen und Aktivitäten einer Region sollen gebündelt und aufeinander abgestimmt werden. Umsetzungsstrategien, die sich an den Stärken und Schwächen der Region orientieren, sollen Perspektiven für die Region schaffen.

#### **Mindestanforderungen**

- Kurzbeschreibung der Region
- Bestandsaufnahme inkl. vorhandener/beabsichtigter Planungen
- Analyse der regionalen Stärken und Schwächen
- Entwicklungsziele und geeignete Prüfindikatoren
- Entwicklungsstrategie, Handlungsfelder und Leitprojekte
- Kriterien zur Auswahl der Förderprojekte
- Projektplanungsübersicht und Finanzierungskonzept
- Kriterien für die Bewertung der Zielerreichung

#### **Fördersatz**

- bis zu 75 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, **davon EU-Förderung: 50 %**

#### **Höchstbetrag**

- 20.000 € bei einem Konzept für 2 Gemeinden
- 30.000 € bei einem Konzept für 3 Gemeinden
- 40.000 € bei einem Konzept für 4 Gemeinden
- 50.000 € bei einem Konzept für 5 und mehr Gemeinden

#### **Auswirkungen auf die Förderung der Dorfentwicklungsmaßnahmen**

- Mit einem ILEK werden die Regelfördersätze für Dorfentwicklung **um 5 % bis 2006 erhöht**.
- Ab 2007 werden die Regelfördersätze **um 5 % gekürzt, mit einem ILEK jedoch um 10 % angehoben**.
- Maßnahmen der Dorfentwicklung (mit Ausnahme der Umnutzung) werden **bevorzugt** gefördert, wenn sie der Umsetzung eines ILEK dienen.
- Ländliche Infrastrukturmaßnahmen für touristische Zwecke (neue Fördermöglichkeit der Dorfentwicklung) können nur gefördert werden, wenn ein ILEK vorliegt.

### **2. Regionalmanagement**

#### **Definition und Ziele**

Das Regionalmanagement soll ländliche Entwicklungsprozesse initiieren, organisieren und umsetzen. **Insbesondere können durch das Regionalmanagement Projekte des ILEK umgesetzt werden.**

### Förderfähige Ausgaben

- Sächliche und personelle Verwaltungsausgaben für
  - Betreuung, Beratung und Weiterbildung potentieller Akteure
  - Öffentlichkeitsarbeit bei der Umsetzung des ILEK
  - Erfahrungsaustausch
  - Unterstützung durch externe Experten

### Voraussetzungen für die Förderung

- Die ländliche Region muss mindestens 50.000 Einwohner haben.
- Ähnliche Ziele in der Region müssen mit anderen Stellen abgestimmt werden.
- Jährliche Tätigkeitsberichte dokumentieren die Arbeit des Regionalmanagements.

### Fördersätze

- bis zu 70 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, **davon EU-Förderung: 50 %**

### Höchstgrenzen

- 50.000 € jährlich
- maximal 5 Jahre, zunächst für 3 Jahre (auf Basis der Tätigkeitsberichte wird über eine Anschlussförderung entschieden)

### Antragsteller

- Gemeinden
- regionale Aktionsgruppen mit eigener Rechtspersönlichkeit unter Einschluss von Gemeinden

### Bewilligungsbehörde im Regierungsbezirk Düsseldorf

Amt für Agrarordnung Mönchengladbach  
Croonsallee 36 – 40  
41061 Mönchengladbach  
poststelle@afao-moenchengladbach.nrw.de

Herr Huber (Tel. 02161/8195-210)  
Frau Evelt-Neite (Tel. 02161/8195-503)

### Interessante Links:

[http://europa.eu.int/comm/agriculture/rur/leaderplus/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/agriculture/rur/leaderplus/index_de.htm)  
<http://www.leaderplus.de/>  
<http://www.nova-institut.de/modellregionen/>  
<http://www.munlv.nrw.de/>

## EU-Ausgaben für die Mitgliedsstaaten 2004

Deutschland war 2004 mit 11,7 Mrd. EUR der drittgrößte Empfänger von EU-Geldern. Mehr erhielten nur Spanien (16,4 Mrd. €) und Frankreich (12,9 Mrd. €). Dies geht aus dem, von der Europäischen Kommission veröffentlichten „Bericht über die Aufteilung der EU-Ausgaben 2004 nach Mitgliedsstaaten“, hervor. Insgesamt erhielten die Mitgliedsstaaten circa 92 Mrd. EUR für die Regionalpolitik, Landwirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Forschung. Für alle 10 neuen Mitgliedsstaaten war der Haushaltssaldo durch den EU-Beitritt verbessert. Gleichzeitig war kein signifikanter Anstieg des Beitrags der EU-15 zu verzeichnen. (Quelle Eu-Nachrichten Nr. 34 vom 29.9.2005)

### 2006 wird Europäisches Jahr der Arbeitskräftemobilität

*Die Europäische Kommission hat das kommende Jahr zum Europäischen Jahr der Arbeitskräftemobilität erklärt. Mit dieser Aktion soll Bewusstsein und Verständnis für den Nutzen einer Auslandstätigkeit oder einer neuen Beschäftigung geweckt werden.*

Mobilität und Arbeitskräfte sollen ab Februar 2006, wenn der offizielle Auftakt zum „Europäischen Jahr der Arbeitskräftemobilität“ in Anwesenheit des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso und weiterer Kommissionsmitglieder stattfinden wird, erstmals mit einem Europäischen Jahr bedacht werden. Arbeitsmärkte sollen 2006 gelockert werden, indem die zweijährigen Übergangsregeln für die Freizügigkeit

von Arbeitskräften aus den neuen Mitgliedstaaten fallen oder gelockert werden.

Durch eine berufliche Tätigkeit in anderen Ländern der EU können Arbeitskräfte sowohl für sich selbst als auch für ihre Arbeitgeber nützliche Qualifikationen und Erfahrungen gewinnen. Umschulungen und Weiterbildung sind nach Einschätzung der Kommission in einer globalisierten und sich wandelnden Wirtschaft unerlässlich.

Aktuelle Zahlen ergeben jedoch, dass nur sehr wenige Europäer im Ausland arbeiten. Der Anteil der in einem anderen EU-Staat als ihrem Herkunftsland wohnenden Europäer betrug in den letzten 30 Jahren unverändert 1,5%. In neun EU-Staaten sind 40% der Arbeitskräfte seit über 10 Jahren auf demselben Arbeitsplatz.

Gründe für diese niedrige Mobilität der Europäer sieht der für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit

zuständige Kommissar, Vladimír Špidla, in den rechtlichen, administrativen sowie sprachlichen Hindernissen. Diese seien noch zusätzlich verknüpft mit mangelnder Kenntnis der bestehenden Informationsquellen und Unterstützungsmöglichkeiten sowie mangelnder Überzeugung von den Vorteilen einer Beschäftigung im Ausland.

Von den für das Europäische Jahr bereitgestellten 6 Millionen Euro sind 4.3 Millionen Euro für Projekte zur Sensibilisierung für die Mobilität vorgesehen. Der Rest wird für Großveranstaltungen wie die im Juni nächsten Jahres in Wien geplante Mobilitätskonferenz aufgewendet oder für die Europa-Stellenbörse „Job Fair

Europe“ mit Stellenbörsen in 100 europäischen Städten.

Mit im Europäischen Jahr erfasst sind zusätzlich verschiedene Studien über die Auswirkungen der Mobilität sowie Versuche zur Erfassung entsprechender aussagekräftiger statistischer Daten. Ferner wird ein europäischer Preis für diejenige Organisation ausgeschrieben, die am meisten für die Arbeitskräftemobilität getan hat.

Quelle:

EU Nachrichten Nr. 25 vom 07.07.05



European Year of Workers' Mobility 2006

\* EU-Lexikon \*

Der **Europäische Rat** - nicht zu verwechseln mit dem Europarat oder dem Rat der Europäischen Union (Ministerrat) - ist in der EU-Politik das oberste Gremium der Europäischen Union. Er setzt sich aus Staats- und Regierungschefs sowie dem Präsidenten der Europäischen Kommission und den Außenministern zusammen. Der Kommissionspräsident und die Außenminister haben allerdings nur beratende Funktion.

Der Europäische Rat legt die politischen Leitlinien und Ziele fest und hat somit die Richtlinienkompetenz inne. Er klärt in Ausnahmefällen auch Fragen, die auf Ministerebene (siehe Rat der Europäischen Union) nicht geklärt werden können. Hauptsächlich beschäftigt sich der Europäische Rat allerdings mit groben Vorgaben für die weitere Entwicklung der Europäischen Union. Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld ist die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die die Staats- und Regierungschefs auf den Gipfeltreffen koordinieren.

Der Europäische Rat kann keine rechtlich verbindlichen Beschlüsse fassen, besitzt jedoch ein Weisungsrecht. Die Ergebnisse werden in den "Schlussfolgerungen des Vorsitzenden" festgehalten, die von den übrigen Europäischen Institutionen umgesetzt werden. Da der Europäische Rat keine Beschlüsse fassen kann, muss er für die Formulierungen der Schlussfolgerung immer einen Kompromiss finden.

Der Europäische Rat tritt mindestens zweimal jährlich zusammen (EU-Gipfel). Außerdem finden Sondergipfel statt, auf denen wichtige Themen beraten werden. Der Vorsitz wechselt halbjährlich im Rotationsprinzip zwischen den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union. Immer das Land, das die Präsidentschaft im Ministerrat innehat, übernimmt auch den Vorsitz und ist gleichzeitig Gastgeber des Europäischen Rates.

Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Allerdings informiert der Ratspräsident das Europäische Parlament über die Ergebnisse und legt diesem einen schriftlichen Bericht vor.

#### **Impressum:**



rhein  
kreis  
neuss

EUROPE DIRECT Informationsrelais Mittlerer Niederrhein  
Rhein-Kreis Neuss - Europabüro  
Leiterin Frau Ruth Harte  
Assistentin Frau Claudia Bluhm  
Oberstraße 91  
41460 Neuss

Tel.: 02131/928-7600 od. -7601

Fax: 02131/928-7699

e-mail: [ruth.harte@rhein-kreis-neuss.de](mailto:ruth.harte@rhein-kreis-neuss.de)  
oder [claudia.bluhm@rhein-kreis-neuss.de](mailto:claudia.bluhm@rhein-kreis-neuss.de)